

3. Lesbische Sichtbarkeit fördern – Aktivist*innen stärken

Frage 3.1 Lesbische Sichtbarkeit zum Schwerpunktthema in der Anti-Diskriminierungsarbeit machen					
Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Thema „lesbische Sichtbarkeit“ ab dem Jahr 2022 Schwerpunktthema bei der Antidiskriminierungsarbeit in Sachsen-Anhalt wird?					
CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Wir setzen uns in vielfältiger Form für die Förderung von Frauen, deren Sichtbarkeit und den Abbau von Diskriminierung ein. Dabei haben wir auch die Notwendigkeit intersektionalen Handelns im Blick, von welchem Lesben ebenso profitieren wie nahezu alle Personen, die nicht der Gruppe weiß gelesener cis-hetero Männer zugeordnet sind. Gleichstellungspolitik bezogen auf Geschlechter verstehen wir dabei als Querschnittsthema, welches entsprechend auch mit der Gleichstellung sexueller Orientierung verbunden ist.	Gerade weil lesbische Frauen strukturell sich in mindestens zwei von Diskriminierung betroffenen Gruppen, nämlich Frauen und Homosexuelle, befinden, ist die Sichtbarkeit geringer als die Sichtbarkeit anderer Gruppen der LSBTIQ*-Community. Mehrfachdiskriminierung muss auch als solche behandelt werden und ist komplex. Angesetzt werden muss deshalb von verschiedenen Seiten: frauenpolitisch, LSTBIQ*-politisch, migrationspolitisch und sozialpolitisch. Hier wird wieder deutlich, dass LSBTIQ*-Politik Querschnittspolitik ist und sich daher in allen Ressorts abbilden muss. Dafür wollen wir gemeinsam mit den LSBTIQ*-Fachverbänden im Zuge der Fortschreibung des LSBTIQ*-Aktionsprogramms streiten.	Im Rahmen einer Landeskampagne zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sehen wir eine wichtige Möglichkeit, lesbische Sichtbarkeit zu einem der Schwerpunktthemen zu erheben.	Wir Freie Demokraten treten für einen umfassenden Antidiskriminierungsansatz ein, der alle Ebenen beleuchtet und ausleuchten muss. Wir wollen aber den Verbänden und Vereinen keine Themen „sondern die Akzente in einem konstruktiven Miteinander mit den Verbänden und Vereinen erarbeiten.“	Gar nicht.

Hintergrund: Lesben werden oft mitgemeint, wenn von Frauen, LSBTIQ* oder Homosexuellen gesprochen wird. Dabei werden die Bedürfnisse und Belange von Lesben in Gesellschaft, Politik und Öffentlichkeit, aber auch in der Community wenig bis gar nicht thematisiert. Lesben werden sowohl mit ihren Potentialen als auch mit ihren spezifischen Ausgrenzungserfahrungen ignoriert oder nur unzureichend wahrgenommen.

So sind Schwarze Lesben, Lesben of Color, migrantische Lesben, körperlich und geistig beeinträchtigte Lesben, Lesben aus der Arbeiter*innenklasse, akademische und nicht-akademische Lesben, Lesben mit Fluchterfahrung, alte Lesben und lesbische trans* Frauen zusätzlich von Mehrfachdiskriminierung betroffen.

Frage 3.2 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Mädchenarbeit berücksichtigen

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Mädchenarbeit in Sachsen-Anhalt selbstverständlich mitgedacht und berücksichtigt wird und so lesbische Mädchen und junge Frauen gestärkt werden und die Vernetzung gefördert wird?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Als SPD haben wir Angebote zur geschlechtersensiblen und diskriminierungsfreien Kinder- und Jugendarbeit bereits in der vergangenen Legislatur beispielsweise über eine erste Ausweitung des Projekts der Medienkoffer für Schulen und Kitas stärken können. Darüber hinaus wollen wir in Zukunft einen breit angelegten Ausbau von Bildungsprozessen in Kita und Schule zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in den Blick nehmen und so die Stärkung und Vernetzung von Mädchen und jungen Frauen sowie die Akzeptanz verschiedener sexueller und geschlechtlicher Identitäten vorantreiben. Dazu sind Angebote zum Kompetenzerwerb in geschlechtersensibler und diskriminierungsfreier Pädagogik in Aus-, Fort- und Weiterbildung für alle Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie Lehrkräfte einzurichten. Lernmaterialien sind auf Geschlechterklischees zu überprüfen und eventuell zu überarbeiten.	Die Koordination der Mädchenarbeit und vollumfängliche Unterstützung von lesbischen Mädchen und jungen Frauen sehen wir in Sachsen-Anhalt gut aufgestellt und in den richtigen Händen. Die Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit ist fachlich eng vernetzt, u.a. mit den Mädchenarbeitskreisen der Stadt Magdeburg über das dortige Gleichstellungsamt und Halberstadt über den Unabhängigen Frauenverband Landkreis Harz e.V.. und vielen weiteren freien Trägern, wie u.a. auch das Kompetenzzentrum für eine geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt. Als Grüne werden wir dafür sorgen, dass diese Arbeit nachhaltig gesichert bleibt.	Geschlechterreflektierte Mädchenarbeit, die durch entsprechende pädagogische Konzepte untersetzt ist, ist unerlässlich, wenn es darum geht, Mädchen und junge Frauen für Themen wie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu sensibilisieren, Wertschätzung von Unterschiedlichkeit und Vielfalt nahezubringen sowie lesbischen Mädchen und jungen Frauen frühzeitig Angebote zu unterbreiten, die ihnen eine entsprechende Vernetzung ermöglichen und sie selbstbewusst und gestärkt heranwachsen lassen. Es ist wichtig, Themen der geschlechterreflektierten Mädchen- und auch Jungenarbeit in die Curricula der pädagogischen Fachkräfte verbindlich aufzunehmen und damit eine Sensibilisierung für dieses Thema in allen Erziehungs- und Unterrichtsformen zu erreichen.	Die Mädchenarbeit ist in Sachsen Anhalt grundsätzlich gut aufgestellt. Wir wollen prüfen, ob der Ansatz der entsprechenden Strukturen ausgeweitet werden muss, um in allen Lebensbereichen von Mädchen und jungen Frauen arbeiten und haupt wie ehrenamtliches Personal in den entsprechenden Bereichen schulen und beraten zu können. Dabei ist uns bewusst, dass dies nur mit einer kontinuierlich finanzierten Struktur möglich ist.	Gar nicht.

Frage 3.3 Lesbisches Gedenken anerkennen

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Schicksal von lesbischen Frauen* und Mädchen* im nationalsozialistischen Unrechtsregime ein würdiges Gedenken in den sachsen-anhaltinischen Gedenkstätten bekommt und diese Verfolgungsgeschichte in der Gedenkarbeit sichtbar wird?

CDU	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	DIE LINKE	FDP	AfD
Keine konkrete Antwort	Wie die Bildungs- wandelt sich auch die Gedenkstättenarbeit hin zu mehr Bewusstsein für Diversität. Dies zeigt sich unter anderem an Debatten wie der um eine Gedenkkugel für lesbische Opfer von nationalsozialistischer Verfolgung im KZ Ravensbrück. Auch wenn derartige Diskussionen bislang in einer anderen Komplexität geführt worden sind als bei den sachsen-anhaltinischen Gedenkstätten, stehen wir einem entsprechenden Gedenken an die zahlreichen verschiedenen Opfergruppen in Sachsen-Anhalt natürlich wohlwollend gegenüber. Dies schließt auch die Opfergruppe lesbischer Frauen mit ein, da zahlreiche Analysen in letzten Jahren belegen, dass diese ebenfalls Stigmata und Verfolgungsdruck des nationalsozialistischen Staates ausgesetzt waren.	Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte lesbischer Frauen im Nationalsozialismus ist durch Ausgrenzung und Abwertung gekennzeichnet. Gegner*innen lesbischen Gedenkens führen an, dass die Paragraphen 175 und 175a StGB nur männliche Homosexualität kriminalisierten – das aber aus sexistischen Gründen. Ein Sexismus, der sich fortsetzt, solange lesbischen Frauen die Bedrohungslage im Nationalsozialismus abgesprochen wird. Denn auch Lesben waren gefährdet, wenn sie durch nonkonformes Verhalten auffielen. Zudem machten eine Vielzahl an Kontrollmechanismen gegenüber Frauen generell in großen Teilen des Lebens die Anwendung des Strafrechts überflüssig. In Konzentrationslagern wurden sie homofeindlich diskriminiert. Wir anerkennen die Umstände, dass lesbische Frauen sehr wohl im Nationalsozialismus bedroht waren. Ein würdiges Gedenken in den Gedenkstätten, wie bspw. Gedenkstätte KZ Lichtenburg (1937-1939 erstes zentrales Frauen-KZ für das gesamte Reichsgebiet) und deren Arbeit halten wir daher für angemessen.	Das jährliche Gedenken an die Opfer des Holocaust ist für DIE LINKE Mahnung und Handlungsauftrag zugleich. Wir setzen uns in Bund und Land für die Vergabe von Forschungsaufträgen zur Verfolgung queerer Menschen, insbesondere von lesbischen Frauen und von trans* Personen ein. Wichtig ist hierbei, den Blick nicht auf die Ebene der Konzentrationslager zu verengen. Während beispielsweise lesbische Frauen in der Weimarer Republik noch einigermaßen offen leben konnten, war das unter der NS-Diktatur nicht mehr möglich. Auch das ist ein Aspekt von Verfolgung und Verfolgungsdruck. Das Gedenken an die Opfer des deutschen Faschismus ist für DIE LINKE. als Partei mit einem klaren Bekenntnis zum Antifaschismus verbunden.	Keine konkrete Antwort	Gar nicht. Abgesehen davon, dass wir die Politisierung sexueller Neigungen ablehnen, lehnen wir auch eine noch stärkere Konzentration unserer Erinnerungskultur auf die Unglücksjahre zwischen 1933 und 1945 ab.

Hintergrund: Ausdrücklich muss das Leid, das lesbischen Frauen* und Mädchen* angetan wurde, in den Blick genommen werden. Hier braucht es vor allem eine würdige Gedenkarbeit und Forschung.